

# Bildungs- und forschungspolitische Leitlinien

der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag



**Alternative**  
für  
**Deutschland**

FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

# Inhalt



## S.6 Deutschland als Bildungsnation bewahren

### S.4 Vorwort

### S.6 Deutschland als Bildungsnation bewahren

- › Lehrermangel bekämpfen
- › Deutschkenntnisse garantieren
- › Mehr Meister statt Master
- › Schulinvestitionsfonds auflegen
- › Scheitern des DigitalPakts offenlegen
- › Ideologiefreien Unterricht gewährleisten
- › BAföG bürokratiearm und gerecht gestalten
- › Chatbots als Hilfsmittel für Schüler kritisch und wissenschaftlich begleiten

### S.10 Wissenschaft und Forschung auf Spitzenniveau

- › Freiheit von Forschung und Lehre sicherstellen
- › Ausbreitung der Agendawissenschaften zurückdrängen
- › Geopolitik neu denken
- › Den Wettkampf um kluge Köpfe annehmen
- › Qualität in Forschung und Lehre sichern
- › Arbeitsbedingungen im Wissenschaftsbetrieb verbessern



## S.10 Wissenschaft und Forschung auf Spitzenniveau



## **16 Künstliche Intelligenz: Chancen nutzen, Gefahren vermeiden**



f Spitzenniveau



## **S. 20 Frühe Kindererziehung im Sinne der Eltern**

- › Forschungsergebnisse wirtschaftlich besser nutzen
- › Forschung stützt Erinnerung
- › Forschung sichert Zukunft
- › Forschung und Ethik

### **S. 14 Technikfolgenabschätzung: Bürgerwohl statt Ideologie**

- › Erkenntnisse des Büros für Technikfolgenabschätzung nutzen
- › Beispiele für kürzlich erarbeitete parlamentarische Initiativen

### **S. 16 Künstliche Intelligenz: Chancen nutzen, Gefahren vermeiden**

### **S. 18 Ausgewogenheit statt Indoktrination in der politischen Bildung**

### **S. 20 Frühe Kindererziehung im Sinne der Eltern**

### **S. 21 Meinungsfreiheit an Schulen und Universitäten bewahren**

### **S. 22 Parlamentarische Initiativen**

### **S. 26 Die Mitglieder des Arbeitskreises Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung der AfD-Bundestagsfraktion**

# Vorwort

Liebe Leser,

mit dieser Broschüre möchten wir Sie mit den Kernthemen und den wichtigsten Positionen des Arbeitskreises Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung der AfD-Bundestagsfraktion bekannt machen.

Deutschlands Schulen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen stehen seit Jahren unter dem Einfluss einer ideologisch fehlgeleiteten Bildungs- und Wissenschaftspolitik; die hieraus resultierenden Folgen sind inzwischen unübersehbar und desaströs.

Viele der in letzter Zeit auf nationaler und europäischer Ebene angestoßenen Projekte dieser Politik – wie beispielsweise die Einrichtung europäischer Hochschulen oder die vermeintlich vordringliche Digitalisierung unserer Schulen – können die grundlegenden Probleme und Defizite in Bildung und Wissenschaft nicht beseitigen. Wir lehnen die bundesstaatlich geförderte Ökonomisierung, Zentralisierung und Globalisierung unserer Universitäten und Schulen ab. Statt weiterer Reformen und bildungspolitischer Experimente bedarf es einer Rückbesinnung auf bewährte Strukturen, auf klassische Bildungsinhalte und einer am Humboldt'schen Ideal ausgerichteten Bildungspolitik und freien Wissenschaft.

Wir werden Sie als Bürger und den Bundestag auch in Zukunft auf fragwürdige Projekte staatlicher Bildungs- und Forschungspolitik hinweisen. Gleichzeitig werden wir im Sinne dieser Ihnen hier vorliegenden Leitlinien im Deutschen Bundestag Alternativen zu einer vorwiegend linksideologisch geprägten Bildungs- und Forschungspolitik aufzeigen.

Unserem für die Politikfelder Bildung und Forschung sowie Technikfolgenabschätzung zuständigen Arbeitskreis gehören insgesamt acht AfD-Bundestagsabgeordnete an. Vier von ihnen sind ständige Mitglieder des Bundestagsausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung; die anderen vier Abgeordneten sind stellvertretende Mitglieder in diesem Ausschuss. Alle Abgeordneten verfügen über eine hohe Fachkompetenz und langjährige Berufserfahrung in den für den Arbeitskreis und Ausschuss relevanten Arbeitsbereichen.

Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre!

*Nicole Höchst*



**Nicole Höchst MdB**

Leiterin des Arbeitskreises Bildung,  
Forschung und Technikfolgenabschätzung

*Dr. Götz Frömming*



**Dr. Götz Frömming MdB**

Stellvertretender Leiter des Arbeitskreises Bildung,  
Forschung und Technikfolgenabschätzung



Bildquelle: stock.adobe.com / keahong

Lehrer effektiv entlasten

**Drucksache 20/8357**<https://dserver.bundestag.de/btd/20/083/2008357.pdf>

Kinder mit und ohne Deutschkenntnisse für den gemeinsamen Erfolg getrennt unterrichten

**Drucksache 20/7575**<https://dserver.bundestag.de/btd/20/075/2007575.pdf>

Wir setzen uns dafür ein, die Leistungsfähigkeit der kommunalen Bildungsinfrastruktur wieder zu steigern.

# 1. Deutschland als Bildungsnation bewahren

## 1.1 Lehrermangel bekämpfen

Der Lehrermangel ist in Deutschland ein zentrales Problem. Laut einem Gutachten der Bildungsgewerkschaft VBE (Verband Bildung und Erziehung) werden im Jahr 2030 rund 81.000 Lehrer fehlen. Aus diesem Grund hat die AfD-Fraktion hierzu gleich zwei parlamentarische Anträge in den Bundestag eingebracht: Im Rahmen des ersten Antrags für eine zukunftsorientierte Lehrerausbildung fordern wir unter anderem ein standardisiertes Prognoseverfahren, eine Erhöhung der Lehramtsstudienplätze sowie die Schaffung

neuer Lehramtsstudienorte in Mangelregionen. Der zweite Antrag, »Lehrer effektiv entlasten« ([Bundestagsdrucksache 20/8357](#)), soll die Bedingungen des Lehrerberufs verbessern; im Rahmen dieses Antrags sprechen wir uns zudem für ein Ende des missglückten Versuchs eines inklusiven Unterrichts aus.

## 1.2 Deutschkenntnisse garantieren

Aufgrund des außerordentlich starken Zustroms von Migranten in den letzten Jahren, dessen problematische Auswirkungen sich insbesondere in unseren Schulen zeigen, sind



Ansehen des Handwerks heben – Eine gemeinnützige Stiftung »Haus der kleinen Handwerker« ins Leben rufen

**Drucksache 20/11960**

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/119/2011960.pdf>



Akademische und berufliche Bildung gleichstellen – Unser Land braucht Meister

**Drucksache 20/6611**

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/066/2006611.pdf>



Entwurf eines Gesetzes zur Steigerung der Leistungsfähigkeit der kommunalen Bildungsinfrastruktur

**Drucksache 20/10980**

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/109/2010980.pdf>



Das deutsche System der beruflichen Bildung ist weltweit anerkannt und geachtet. Die AfD-Fraktion fordert die kostenlose Meisterausbildung, um dieses System zu stärken. Im Bild: Handwerksmeister auf einer Demonstration vor dem Brandenburger Tor gegen die katastrophale Politik der Ampel.

bei vielen Schülern alarmierende Defizite im Hinblick auf die Beherrschung der deutschen Sprache festzustellen, die Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Teilnahme am Unterricht ist.

Um diesem Missstand zu begegnen, haben wir eine weitere parlamentarische Initiative auf den Weg gebracht: In unserem Antrag »Kinder mit und ohne Deutschkenntnisse für den gemeinsamen Erfolg getrennt unterrichten« ([Bundestagsdrucksache 20/7575](#)) fordern wir, dass Kinder ohne Deutschkenntnisse zunächst in einer Volkshochschule die deutsche Sprache erlernen müssen, da nur ausreichende Sprachkenntnisse eine erfolgreiche Wissensvermittlung im deutschsprachigen Unterricht garantieren können.

Diese Initiative zielt darauf ab, für alle Schüler – ob deutscher oder ausländischer Herkunft – die Voraussetzungen zu schaffen, die nötig sind, um dem Unterricht zu folgen und eine qualitativ gute Schulbildung zu erhalten. Dabei verfolgen wir das Ziel, Familien ohne dauerhaftes Bleiberecht so bald wie möglich die Rückkehr in ihr Heimatland zu ermöglichen.

### 1.3 Mehr Meister statt Master

Auch die Förderung der beruflichen Bildung, die gegenüber der akademischen Bildung weiterhin vernachlässigt wird, ist uns ein zentrales

Anliegen. Wir brauchen mehr Meister statt Master, da der derzeit herrschende Akademisierungswahn in Deutschland zu spürbaren Fehlentwicklungen auf dem Arbeitsmarkt führt. In diesem Zusammenhang fordern wir neben der kostenfreien Meisterausbildung eine Meisterprämie nach dem Vorbild Niedersachsens ([Bundestagsdrucksache 20/6611](#)). Um bereits bei Kindern das Interesse an handwerklichen Berufen zu wecken und zu fördern, stellten wir im Deutschen Bundestag den Antrag »Ansehen des Handwerks heben – Eine gemeinnützige Stiftung »Haus der kleinen Handwerker« ins Leben rufen« ([Bundestagsdrucksache 20/11960](#)).

### 1.4 Schulinvestitionsfonds auflegen

Allein die AfD-Fraktion setzt sich seit geraumer Zeit mit verschiedenen parlamentarischen Initiativen dafür ein, Bildungsstand und Bildungsfähigkeit endlich zu einem zentralen Kriterium einer klugen Einwanderungspolitik zu machen. Wir fordern massive Investitionen in Schulpersonal und in die Gebäudestruktur unserer Schulen. Hierfür haben wir in der aktuellen Legislaturperiode einen Gesetzentwurf zur Einrichtung eines Schulinvestitionsfonds ([Bundestagsdrucksache 20/10980](#)) eingebracht, der unter Wahrung des Subsidiaritätsprinzips und der Achtung der Kultushoheit der Länder die Leistungsfähigkeit der kommunalen Bildungsinfrastruktur steigern soll.

Deutschland braucht kein unausgeglichenes »Startchancenprogramm« zur finanziellen Besserstellung von Brennpunktschulen, wie jüngst vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) vorgestellt. Dem kontinuierlichen Verlust des Leistungsniveaus kann nur mit einer restriktiven Einwanderungspolitik und der konsequenten Abschiebung abgelehnter Asylbewerber begegnet werden, die nicht in den Zuständigkeitsbereich des BMBF fällt.

### 1.5 Scheitern des DigitalPakts offenlegen

Der von der Vorgängerregierung ins Leben gerufene »DigitalPakt Schule« zur Förderung der Digitalisierung in den allgemeinbildenden Schulen muss als gescheitert angesehen werden. Diese Einschätzung des Bundesrechnungshofes teilt auch die AfD-Bundestagsfraktion.

Um jedoch das Offensichtliche zu verschleiern, bedient sich die Bundesregierung diverser Tricks: So will die Bundesregierung beispielsweise den Zwischenbericht der Evaluation erst nach Ablauf des DigitalPakts veröffentlichen – dies ergab eine unserer Anfragen (Bundestagsdrucksache 20/7481).

### 1.6 Ideologiefreien Unterricht gewährleisten

Der Bund fördert mit einer Vielzahl von Programmen die Indoktrination unserer Jugend bereits ab der Kita. Durch den wachsenden

Die Schulbildung muss wieder zu einer wertneutralen und altersentsprechenden Wissensvermittlung zurückkehren.

Umsetzung und Fortschritt des DigitalPakts Schule

Drucksache 20/7481

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/074/2007481.pdf>



Einfluss von Gender-Lobbygruppen, der sogenannten LGBTQ-Community, werden – unter dem Deckmantel der »Antidiskriminierungspädagogik« – ideologische Überzeugungen in deutsche Bildungseinrichtungen getragen. Die neu konzipierten Schulbücher ignorieren und verleugnen biologische Fakten, an deren Stelle treten stattdessen subjektive Deutungen und Eindrücke einer Minderheit. Die übergriffige und rücksichtslose »Sexualpädagogik der Vielfalt« verwirrt junge Menschen in ihrer Geschlechtsidentität, hinterlässt psychische Schäden und behindert die natürliche Entwicklung von Jungen und Mädchen.

Die AfD-Bundestagsfraktion stellt sich dieser Fehlentwicklung vehement entgegen. Im Plenarantrag »Genderideologie – Bedrohung von Bildung, Wissenschaft und Kultur abwenden« (Bundestagsdrucksache 20/8862) kritisieren wir unter anderem die dauerhafte Überpräsenz einer ideologischen Minderheitenpolitik, die aus unserer Sicht einen Angriff auf unsere Werte, Traditionen und Kultur darstellt. Die Schulbildung muss wieder zu einer wertneutralen und altersentsprechenden Wissensvermittlung zurückkehren. Bildungseinrichtungen dürfen kein Ort politischer Indoktrination sein.

Das BAföG soll – wie ursprünglich gedacht – Kindern aus einkommensschwachen Familien die Finanzierung eines schulischen Abschlusses, einer schulischen Berufsausbildung oder eines Studiums ermöglichen.

Genderideologie – Bedrohung von Bildung, Wissenschaft und Kultur abwenden

**Drucksache 20/8862**

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/088/2008862.pdf>



BAföG zu einer bürokratiearmen und gerechten Sozialleistung für Schüler und Studenten aus einkommensschwachen Familien weiterentwickeln

**Drucksache 20/2368**

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/023/2002368.pdf>



**Pressemitteilung**

Bildungspolitiker beschließen Resolution zu ChatGPT

<https://afdbundestag.de/bildungspolitiker-beschliessen-resolution-zu-chatgpt/>



Chatbots im schulischen Unterricht – Chancen und Risiken erkennen und adäquat adressieren

**Drucksache 20/10151**

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/101/2010151.pdf>



Kernprobleme des BAföG angehen – Antragsverfahren vereinfachen, Zuschuss vom Darlehen entkoppeln, Beiträge erhöhen und Dynamisierung gesetzlich verankern

**Drucksache 20/11376**

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/113/2011376.pdf>



## 1.7 BAföG bürokratiearm und gerecht gestalten

Ziel des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG) war ursprünglich, Kindern aus einkommensschwachen Familien die Finanzierung eines schulischen Abschlusses, einer schulischen Berufsausbildung oder eines Studiums zu ermöglichen. Dieses Ziel unterstützt die AfD-Bundestagsfraktion auch weiterhin und möchte es als Instrument der Sozial- und Bildungspolitik beibehalten.

Die Ampelkoalition hat in den Jahren 2023 und 2024 drei Änderungsgesetze durchgebracht, die den Grundsätzen des BAföG widersprechen, indem sie den Empfängerkreis dieser Sozialleistung bis auf die Mittelschicht ausgeweitet hat. Damit nähert sich die Ampel ihrem Ziel eines elternunabhängigen BAföGs. Wir lehnen jedoch ein »BAföG für alle« als ungerecht ab.

Wir wollen den ursprünglichen Charakter des BAföG wiederherstellen. Hierfür sehen wir – unter anderem – die folgenden Maßnahmen als unabdingbar an: (1) den Empfängerkreis auf die wirklich Bedürftigen eingrenzen, (2) die Antragsverfahren vereinfachen und beschleunigen, (3) Zuschuss und Kredit mithilfe des Optionsmodells entkoppeln sowie (4) eine deutliche Anhebung der finanziellen Leistung im Allgemeinen und eine automatisierte jährliche Anpassung der Leistung an die Inflation anstreben. Diese Maßnahmen würden die Attraktivität erhöhen und es würden die notwendigen Bedingungen geschaffen, damit sich die Studenten wie erforderlich auf ihr Studium konzentrieren können ([Bundestagsdrucksachen 20/2368](#) und [20/11376](#)).

## 1.8 Chatbots als Hilfsmittel für Schüler kritisch und wissenschaftlich begleiten

Die sich stark ausbreitende Nutzung von sogenannten Chatbots durch Schüler, insbesondere des Modells ChatGPT, hat in der Vergangenheit für große Aufregung gesorgt. Mit diesem neuen IT-Werkzeug ist es Schülern unter anderem möglich, vollständige Aufsätze ganz ohne eigenes Zutun erstellen zu lassen. Die Folgen dieser neuen Technologie für Bildung und Forschung lassen sich derzeit schwer abschätzen. Sicher ist jedoch, dass sie einen großen Einfluss auf die Unterrichtsgestaltung an Schulen und Hochschulen haben wird.

Die AfD-Fraktion setzt sich dafür ein, das Primat der Pädagogik zu bewahren, indem Lehrern die Kontrolle über den realen und virtuellen Lernraum zugestanden wird. Vor diesem Hintergrund haben sich am 19. Juni 2023 die Bildungspolitiker der AfD-Bundestagsfraktion mit den für Bildungspolitik zuständigen AfD-Abgeordneten der Landesparlamente getroffen, um eine gemeinsame Resolution zur Verwendung von Künstlicher Intelligenz im Schulunterricht zu verabschieden.

Zudem sollte nach Auffassung der AfD-Bundestagsfraktion der Einsatz KI-basierter Programme im schulischen Unterricht wissenschaftlich begleitet werden. Ziel ist es, wissenschaftlich gestützte Leitlinien und Kriterien für die Verwendung von KI-basierten Programmen im Schulunterricht zu entwickeln und die Unterrichtsgestaltung an diesen Maßstäben auszurichten. Lehrer wie auch die Schulverwaltung müssen dabei durch den wissenschaftlichen Sektor gezielt unterstützt werden, wie in unserem Antrag »Chatbots im schulischen Unterricht – Chancen und Risiken erkennen und adäquat adressieren« ([Bundestagsdrucksache 20/10151](#)) gefordert.

Das Humboldt'sche Bildungsideal zum Maßstab bei der Digitalisierung und dem Einsatz KI-basierter Technologien in der Hochschullehre machen

**Drucksache 20/12096**

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/120/2012096.pdf>



Unterricht und Unterweisung in der Critical Race Theory

**Drucksache 20/5230**

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/052/2005230.pdf>



## 2. Wissenschaft und Forschung Spitzenniveau

### 2.1 Freiheit von Forschung und Lehre sicherstellen

Die Freiheit von Forschung und Lehre ist eine unabdingbare Voraussetzung wissenschaftlichen Arbeitens und damit auch für den wissenschaftlichen Fortschritt. Diese Freiheit ist heute von verschiedenen Seiten bedroht; ein Stichwort hierfür wäre »Cancel Culture«, die sich durch ein Mundtodmachen unliebsamer Wissenschaftler an deutschen Universitäten bemerkbar macht. Bei der Digitalisierung der Hochschulen muss das Humboldt'sche Bildungsideal als Maßstab bewahrt werden, da Universitäten sonst zu Zulieferern einer ökonomisierten Wissenswelt degradiert und von ihrem Alleinstellungsmerkmal der erkenntnisgetriebenen Forschung ausgeschlossen werden ([Bundestagsdrucksache 20/12096](#)). Überdies setzen wir uns für eine deutlich verbesserte Grundfinanzierung der Hochschulen durch die Länder ein, da auch die staatlicherseits gezahlten Drittmittel zunehmend an ideologische Vorgaben geknüpft werden.

### 2.2 Ausbreitung der Agendawissenschaften zurückdrängen

Eine ideologische Aufladung lässt sich auch in Bezug auf interdisziplinäre Forschungsfelder feststellen, die als »Agendawissenschaften« bezeichnet werden. Hierzu gehören beispielsweise die Genderforschung, die »Postcolonial Studies« oder die »Critical Race Theory«, die maßgeblich zu einer immer weitgehenden Politisierung der Hochschulen und der beruflichen Bildung beitragen ([Bundestagsdrucksache 20/5230](#)). Das hat unter anderem zur Folge, dass Wissenschaftler mit abweichenden Positionen zu kontrovers diskutierten Themen – zum Beispiel Corona-Politik, Migration, nationale Identität, vermeintliche Geschlechtervielfalt oder Klimawandel – starkem Druck ausgesetzt sind. Die Qualität der Wissenschaft lebt jedoch von einer offenen Debattenkultur und dem Erhalt des Leistungsprinzips. Wir fordern deshalb die Bundesregierung auf, den wissenschaftlichen Ertrag der »Agendawissenschaften« zu evaluieren



# orschung auf

Umgehend eine Evaluation sogenannter Agenturwissenschaften durch den Wissenschaftsrat beantragen

**Drucksache 20/7565**

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/075/2007565.pdf>



Einführung eines Friedrich-Tenbruck-Stipendiums für Soziale Gerechtigkeit

**Drucksache 20/12092**

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/120/2012092.pdf>



Einrichtung eines Forschungsinstituts für geopolitische Studien an der Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg

**Drucksache 20/6989**

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/069/2006989.pdf>



Bildquelle: stock.adobe.com / Alexander Fehts

zu lassen und deren Förderung gegebenenfalls einzustellen ([Bundestagsdrucksache 20/7565](#)).

Auch strategische »Frames« wie »Nachhaltigkeit«, »Soziale Gerechtigkeit« und »Transformation«, die eine sinnverzerrende und einseitige Umdeutung erfahren und im Wissenschaftsbetrieb problematische Auswirkungen zur Folge haben, müssen ideologiekritisch hinterfragt werden. Deshalb fordern wir, die Voraussetzungen für die Einrichtung eines Friedrich-Tenbruck-Stipendiums zu schaffen, um die Erforschung der Geschichte wie auch der politischen Praxis und Instrumentalisierung der Begriffe »Soziale Gerechtigkeit« und »Nachhaltigkeit« zu ermöglichen ([Bundestagsdrucksache 20/12092](#)).

## 2.3 Geopolitik neu denken

Seit dem Ausbruch des Ukrainekriegs im Februar 2022 hat ein Begriff, der in Deutschland jahrzehntelang verpönt war, Konjunktur: Geopolitik. Aus unserer Sicht bedarf es auf

akademischer Seite einer zentralen Instanz, die sich im Rahmen ihrer Forschungsarbeit mit geopolitischen Analysen befasst, diese koordiniert und darüber hinaus entsprechende Expertisen erstellt. All dies soll durch ein dediziertes Institut für geopolitische Studien an der Helmut-Schmidt-Universität (Universität der Bundeswehr Hamburg) geleistet werden ([Bundestagsdrucksache 20/6989](#)). Der Einrichtung eines solchen Instituts kommt angesichts der sich abzeichnenden Entwicklung hin zu einer multipolaren Weltordnung eine erhöhte Bedeutung zu.

## 2.4 Den Wettkampf um kluge Köpfe annehmen

Von ähnlicher Bedeutung ist – vor dem Hintergrund einer zunehmend wissensbasierten wirtschaftlichen Entwicklung und eines immer stärkeren internationalen Wettbewerbs – eine starke Position im »Wettkampf um die Klugen« (Gunnar Heinsohn). Dieser Wettkampf ist eine der entscheidenden Herausforderungen für

Deutschlands Zukunft als Forschungsstandort und Industrienation. Wir fordern unter anderem Förderprogramme und Initiativen zu entwickeln, die speziell darauf ausgerichtet sind, ausgewanderte deutsche Forscher, die im Bereich der MINT-Disziplinen tätig sind, für eine Rückkehr nach Deutschland zu gewinnen. Ziel muss es sein, auf diesem für Deutschland so wichtigen Gebiet einen positiven Wanderungssaldo zu erreichen ([Bundestagsdrucksache 20/6991](#)).

## 2.5 Qualität in Forschung und Lehre sichern

Das Bildungsniveau in Deutschland sinkt seit Jahren kontinuierlich. Folglich wurden auch die Leistungsanforderungen für Abiturienten und Studienanfänger gesenkt. Zugleich bleibt der Nachwuchs in den MINT-Fächern deutlich hinter dem Bedarf zurück. Das sind Entwicklungen, die die Zukunftssicherheit Deutschlands gefährden.

Wir fordern daher – in Abstimmung mit den Ländern – eine Qualitätssicherungsinitiative für deutsche Hochschulen, damit der dort ausgebildete Nachwuchs von Beginn an auch im internationalen Vergleich bestehen kann. Zugleich setzen wir uns dafür ein, den Nachwuchs in den MINT-Fächern bereits ab dem Grundschulalter zu fördern und für die Wissenschaft zu begeistern.

## 2.6 Arbeitsbedingungen im Wissenschaftsbetrieb verbessern

Die AfD-Bundestagsfraktion setzt sich dafür ein, dass im Wissenschaftszeitvertragsgesetz die in der projektbezogenen Forschung unerlässliche Flexibilität gewährleistet bleibt. Bestrebungen, den Wissenschaftsbetrieb dem allgemeinen Arbeitsrecht anzugleichen, treten wir entschlossen entgegen, da diese an der Realität von Wissenschaft und Forschung vorbeigehen.

Die immer kürzere Bindung zwischen Lehrstuhlinhaber und Lehrstuhl in der Wissenschaft halten wir für nicht förderlich. Wir befürworten stattdessen einen Ansatz, der es Professoren ermöglicht, gemeinsam mit ihren Mitarbeitern über längere Zeiträume in ihrem Forschungsgebiet tätig zu sein. Wissenschaftler sollen in Deutschland optimale Arbeitsbedingungen vorfinden. Dazu gehören Entbürokratisierung, der Verzicht auf ideologische Vorgaben und eine weltweit wettbewerbsfähige Vergütung.

## 2.7 Forschungsergebnisse wirtschaftlich besser nutzen

Bedauerlicherweise kommt es viel zu oft vor, dass bahnbrechende technologische Innovationen zwar in Deutschland erdacht und entwickelt werden, deren wirtschaftliche Nutzung jedoch anschließend in anderen Teilen der Welt erfolgt. Der Transfer von der Forschung in die Anwendung findet hierzulande nach wie vor nur sehr unzureichend statt. Bereits bestehende Initiativen, wie die Agentur für Sprunginnovationen (SPRIN-D) und die Deutsche Agentur für Transfer und Innovation (DATI), entfalten bisher nicht die gewünschte Wirkung. Hier muss dringend nachgebessert werden.

Wir befürworten den Grundgedanken der DATI, den Transfer von der Forschung in die Anwendung stärker zu fördern. Gleichzeitig fordern wir, die Vorstellungen der Hochschulen für Angewandte Wissenschaften beim Aufbau der DATI stärker zu berücksichtigen. Die notwendige Expertise liegt in aller Regel bei den Forschern und Hochschulen, nicht bei den staatlichen Einrichtungen.

## 2.8 Forschung stützt Erinnerung

Die Forschung stellt einen wichtigen Pfeiler für die deutsche Erinnerungskultur dar. Um dem antitotalitären Konsens in der deutschen Erinnerungskultur wieder Gewicht zu verleihen, setzen wir uns für eine Stärkung der Forschung zur Aufarbeitung der DDR-Geschichte und des in der DDR begangenen Unrechts ein. Dies ist vor dem Hintergrund von Entschädigungsfragen für die Opfer politischer Verfolgung von essenzieller Bedeutung. Um die strukturelle Verankerung der DDR-Forschung in der deutschen Hochschul- und Forschungslandschaft ist es jedoch schlecht bestellt. Bis heute gibt

Die Abwanderung hochqualifizierter deutscher Wissenschaftler statistisch erfassen und gegensteuernd tätig werden

**Drucksache 20/6991**

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/069/2006991.pdf>



Forschungsverbände zur DDR-Geschichte stärken – Forschungsförderung des Bundes zur Geschichte des Kommunismus, der DDR und der SED wieder aufstocken

**Drucksache 20/11395**

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/113/2011395.pdf>



es keinen Lehrstuhl für DDR-Geschichte. Der erfolgreiche Forschungsverbund SED-Staat der Freien Universität Berlin, der seit 1992 die Geschichte der DDR im Zusammenhang mit der deutschen Nachkriegsgeschichte sowie den Transformationsprozess nach der Wiedervereinigung erforschte, wurde Ende 2023 abgewickelt. Wir fordern daher in einem Antrag die Bundesregierung dazu auf, die Forschungsförderung des Bundes zur Geschichte des Kommunismus, der DDR und der SED zu erhöhen und sich für die Schaffung von Lehrstühlen einzusetzen ([Bundestagsdrucksache 20/11395](#)).

## 2.9 Forschung sichert Zukunft

Laut der McKinsey-Studie »Securing Europe's future beyond energy« ist Europa nur noch in zwei von zehn Hochtechnologiebereichen (Neue Werkstoffe und Erneuerbare Energien) weltweit führend. Wir drohen, den Anschluss zu verlieren.

Um dies zu verhindern, müssen wir der deutschen Forschung – insbesondere in den zukunftsweisenden Hochtechnologiefeldern wie Quantencomputing, Kernfusion oder Künstliche Intelligenz – jede erdenkliche Unterstützung zukommen lassen. Dies schließt eine Rückkehr zur Erforschung der friedlichen Nutzung der Kernenergie ([Bundestagsdrucksache 20/4062](#)) mit ein. Bei bestehenden Großprojekten wie dem Forschungsschiff Polarstern, dem Teilchenbeschleuniger DESY und der Kernfusions-Versuchsanlage Wendelstein 7-X setzen wir uns für eine zukunftsfähige Finanzierung ein. Wir fordern eine stärkere Fokussierung auf die Fusionsforschung und haben hierfür einen Antrag zur Entwicklung einer entsprechenden Fachkräfteinitiative in den Bundestag eingebracht ([Bundestagsdrucksache 20/10394](#)).

Nur die Leistungen unserer Forscher und Ingenieure können auch zukünftig unseren Wohlstand sichern. Dass der Etat für die Forschungsförderung nun bereits seit mehreren Jahren stagniert, betrachten wir mit großer Sorge.

## 2.10 Forschung und Ethik

Die Forschung muss sich an unserem Wertesystem orientieren. Aus diesem Grund vertreten wir die Auffassung, dass nicht alles erlaubt sein sollte, was technisch-wissenschaftlich möglich ist. Wir stehen für eine verantwortungsbewusste Abwägung von Risiko und Nutzen. So sehen wir die Forschung am Funktionszuwachs von Krankheitserregern mit dem Ziel, diese potenziell gefährlicher zu machen (die sogenannte Gain-of-function-Forschung), äußerst kritisch und haben einen Antrag zur stärkeren Regulierung dieser Art von Forschung in den Deutschen Bundestag eingebracht ([Bundestagsdrucksache 20/6992](#)).

Energieversorgung sichern und wirtschaftliches Potenzial nutzen – Forschung an der friedlichen Nutzung der Kernenergie wieder aufnehmen und umfassend fördern

**Drucksache 20/4062**

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/040/2004062.pdf>



Fachkräfteinitiative für die Fusionsforschung

**Drucksache 20/10394**

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/103/2010394.pdf>



Gefahrbringende Anwendungsbereiche der Virenforschung verbieten

**Drucksache 20/6992**

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/069/2006992.pdf>



Batterie-Recycling – Bedarf erforschen und Methoden verbessern

**Drucksache 20/13625**

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/136/2013625.pdf>



# 3. Technikfolgenabschätzung: Bürgerwohl statt Ideologie

## 3.1 Erkenntnisse des Büros für Technikfolgenabschätzung nutzen

Für die Abschätzung der Folgen neuer wissenschaftlich-technischer Entwicklungen steht im Deutschen Bundestag das Büro für Technikfolgenabschätzung (TAB) zur Verfügung. Wissenschaftlicher Partner beim Betrieb ist das Karlsruher Institut für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse (ITAS). Wir begleiten die Arbeit des TAB von der Themenfindung bis zur Abnahme der Studien und überprüfen deren korrekte Ausführung. Bei der Auswertung der TAB-Berichte achtet unsere Fraktion darauf, dass bei Themen, die in der Wissenschaft kontrovers diskutiert werden, nicht nur die von der Regierung favorisierte Position behandelt wird. In unseren Anträgen stellen wir der von Ideologien und Lobbyismus geleiteten Regierungspolitik ein auf Vernunft und unabhängige Wissenschaft begründetes Konzept entgegen, das das Wohl der Bürger als entscheidendes Kriterium zugrunde legt.

## 3.2 Beispiele für kürzlich erarbeitete parlamentarische Initiativen

Im Antrag »Gesundheitliche Auswirkungen hochfrequenter elektromagnetischer Felder erforschen« forderten wir, die Forschung zu möglichen gesundheitlichen Auswirkungen hochfrequenter elektromagnetischer Felder, die beim Mobilfunk verwendet werden, stärker auszubauen ([Bundestagsdrucksache 20/7668](#)). Auf Grundlage der Forschungsergebnisse sollten die nötigen Konsequenzen für eventuell zum Schutz der Bevölkerung erforderliche Maßnahmen gezogen werden. Dabei konnten wir uns auf einen TAB-Bericht ([Bundestagsdrucksache 20/5646](#)) stützen, der



Gesundheitliche Auswirkungen hochfrequenter elektromagnetischer Felder erforschen

**Drucksache 20/7668**

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/076/2007668.pdf>



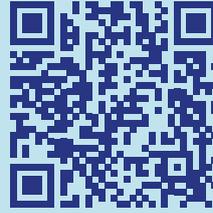


Bildquelle: stock.adobe.com / Ezio Gutzenberg

Antwort der Bundesregierung auf unsere Kleine Anfrage »Keimbahneingriffe am Menschen«

**Drucksache 20/6257**

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/062/2006257.pdf>



Rohdaten klinischer Prüfungen von Arzneimitteln offenlegen

**Drucksache 20/7666**

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/076/2007666.pdf>



angesichts widersprüchlicher wissenschaftlicher Studien zu diesem Thema erheblichen Forschungsbedarf, besonders im Hinblick auf den 5G-Standard, feststellte.

In einem weiteren Antrag forderten wir, Rohdaten klinischer Prüfungen von Arzneimitteln offenzulegen – freilich nur zu nicht-kommerziellen, nicht-militärischen Zwecken medizinischer Forschung und unter Wahrung der Persönlichkeitsrechte des einzelnen Bürgers (Bundestagsdrucksache 20/7666). Gerade angesichts der vielfältigen und schweren Nebenwirkungen der Corona-Impfungen darf nicht toleriert werden, dass Unternehmen ihre Studiendaten geheim halten. Auch in diesem Fall konnten wir uns auf einen TAB-Bericht stützen, der die gegenwärtige Rechtslage kritisiert (Bundestagsdrucksache 20/5149).

Genverändernde Eingriffe in die menschliche Keimbahn sind heutzutage technisch möglich, wenngleich sie durch das Embryonenschutzgesetz verboten sind. In Anbetracht der aktuellen Bestrebungen in der Stammzellenforschung besteht jedoch die Gefahr, dass dieses Gesetz umgangen werden könnte. Deshalb haben wir eine Kleine Anfrage gestellt, um zu klären, wie die Bundesregierung diese Thematik bewertet und ob sie entsprechende gesetzliche Regelungen plant, um derartige Keimbahneingriffe zu verhindern (Bundestagsdrucksache 20/6257).

# 4. Künstliche Intelligenz: Chancen nutzen, Gefahren vermeiden

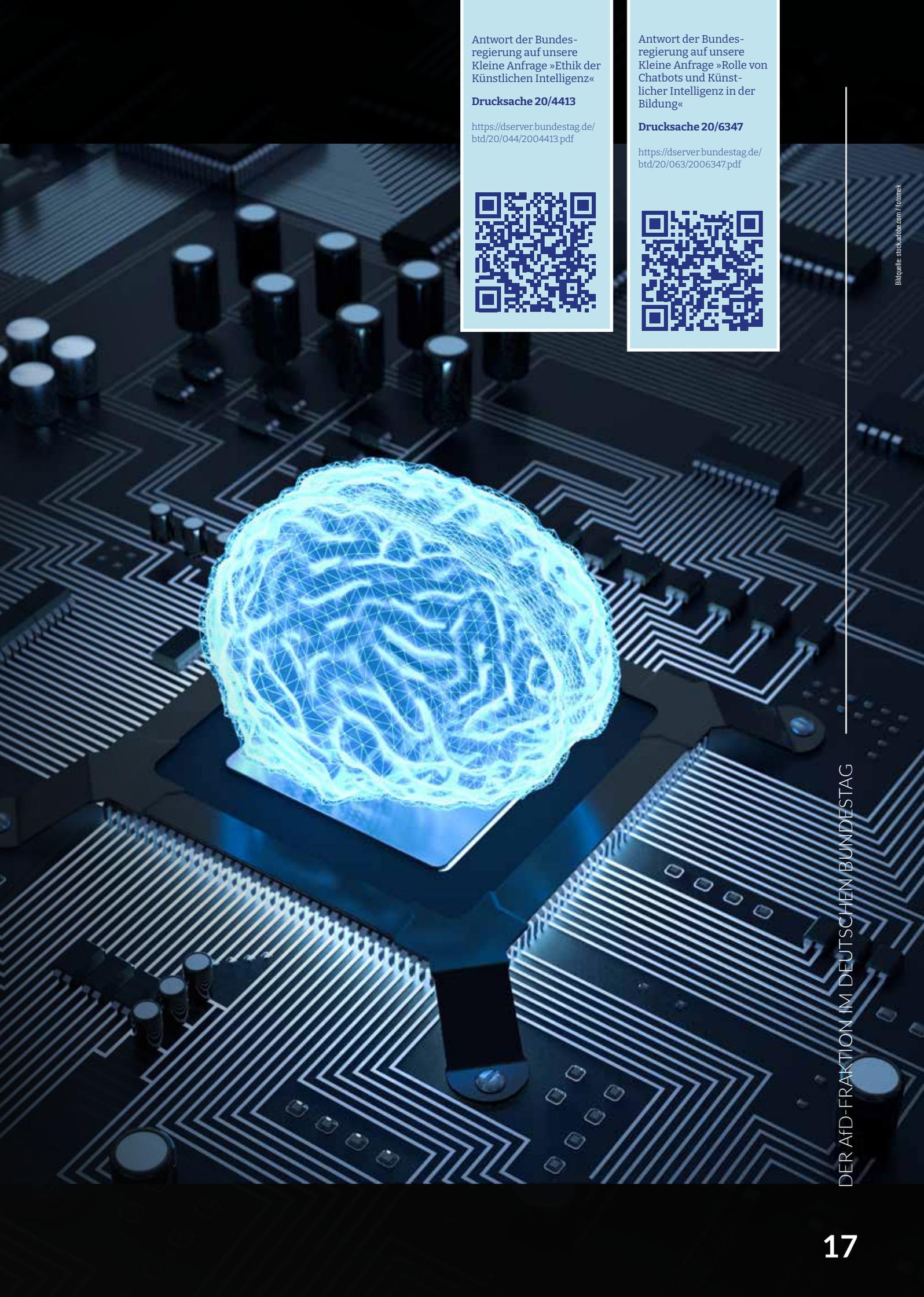
Bildung und Forschung sind die wichtigsten Ressourcen Deutschlands. Ein rohstoffarmes Industrieland wie Deutschland muss primär in Wissen investieren, in die Gewinnung von Informationen und in die Verarbeitung von Daten. Das geht heute nur mittels Digitalisierung und zunehmend auch mithilfe Künstlicher Intelligenz (KI). Wir setzen uns dafür ein, die Chancen der Digitalisierung verantwortungsvoll zu nutzen. Für uns ist die Digitalisierung aber kein Allheilmittel: Die Gefahren eines verstärkten Einsatzes Künstlicher Intelligenz dürfen nicht ausgeblendet werden. Aus diesem Grund haben wir zum Thema »Ethik und Künstliche Intelligenz« eine Kleine Anfrage gestellt ([Bundestagsdrucksache 20/4413](#)) und danach gefragt, welche ethischen Standards beim Einsatz von KI gelten sollen.

Die Künstliche Intelligenz muss das informationelle Selbstbestimmungsrecht der Bürger berücksichtigen. KI-Anwendungen dürfen nicht eingesetzt werden, um die Freiheit von Bürgern oder den Wettbewerb auf den Wirtschaftsmärkten einzuschränken, beispielsweise durch die Ausnutzung und Verfestigung von Monopolstrukturen. Auch im Bereich der Bildung muss der Einsatz von KI-Systemen eindeutig geregelt werden, um aussagekräftige Prüfungen an Schulen und Hochschulen durchführen zu können. Hierzu

haben wir eine Kleine Anfrage zur Rolle von Chatbots und Künstlicher Intelligenz in der Bildung ([Bundestagsdrucksache 20/6347](#)) an die Bundesregierung gestellt.

Die AfD-Bundestagsfraktion befürwortet das klassische, nach Begabungen differenzierte Schulsystem und die Autonomie der Hochschulen. Das Humboldt'sche Bildungsideal muss als Maßstab bei der Digitalisierung und beim Einsatz KI-basierter Technologien bewahrt werden, da in der digitalisierten Arbeitswelt der Zukunft nur die Bürger reüssieren werden, deren Kenntnisse und Fähigkeiten nicht automatisierbar sind und die mit Automaten leben und arbeiten können, ohne sich in deren Abhängigkeit begeben zu müssen. Digitale Spitzentechnologie und umfassende Bildung müssen Hand in Hand gehen.

Als AfD-Fraktion wollen wir die Chancen der Digitalisierung für unser Bildungssystem verantwortungsvoll nutzen. Nur indem wir unser Bildungssystem zukunftsfähig machen, können wir im internationalen Wettbewerb um die besten Köpfe bestehen.



Antwort der Bundesregierung auf unsere Kleine Anfrage »Ethik der Künstlichen Intelligenz«

**Drucksache 20/4413**

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/044/2004413.pdf>



Antwort der Bundesregierung auf unsere Kleine Anfrage »Rolle von Chatbots und Künstlicher Intelligenz in der Bildung«

**Drucksache 20/6347**

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/063/2006347.pdf>



Bildquelle: stock.adobe.com / fotomek

# 5. Ausgewogenheit statt Indoktrination in der politischen Bildung

Die Bundeszentrale für politische Bildung soll die Deutschen ausgewogen und unideologisch informieren – schön wär's, so titelte im Februar 2021 die Neue Zürcher Zeitung in einem Artikel. Vom Fehlen »konservativer oder liberal-konservativer Geister« in der Bundeszentrale war die Rede, vom »Stellenausbau mit dem einseitigen Fokus auf den ›Kampf gegen rechts‹«; davon, dass »Genderwahn« das »neue Feindbild der extremen Rechten« sei, obwohl die »große Mehrheit der Deutschen laut Umfragen nichts von Binnen-I und Gendersternchen« halte. Es war seit Jahren die bislang entschiedenste Stimme, die die Instrumentalisierung der Bundeszentrale durch die Altparteien beklagte.

Dass die im Jahr 1952 gegründete Bundeszentrale für politische Bildung wieder eine »politisch ausgewogene Haltung« an den Tag legen soll, wie es im Erlass des Bundesinnenministeriums von 2001 heißt, steht im Fokus unserer parlamentarischen Initiativen. Unsere Kleine Anfrage »Gewährleistung politischer Ausgewogenheit in der Arbeit der Bundeszentrale für politische Bildung« ([Bundestagsdrucksache 20/963](#)) fragt danach, welche Maßnahmen die Bundesregierung ergreift, um – mit Blick auf die vor allem aus dem linken Spektrum kommenden Mitarbeiter der Bundeszentrale – die politische Ausgewogenheit zu gewährleisten.

Uns geht es vor allem darum, dem sogenannten »Beutelsbacher Konsens« in der Bundeszentrale wieder Geltung zu verschaffen: Demzufolge dürfen Schüler nicht überwältigt, indoktriniert oder daran gehindert werden, zu einem selbstständigen Urteil zu gelangen. Zudem muss das, was in Wissenschaft und Politik »kontrovers« diskutiert wird, auch zu kontroversen Diskussionen im Unterricht führen dürfen; Schüler sollen in die Lage versetzt werden, politische Situationen und ihre eigenen Interessenlagen zu analysieren.

Nicht zuletzt aufgrund des Umstands, dass im weltweiten Ranking der besten Universitäten das einstige Land der Dichter, Denker und Ingenieure unter den ersten 50 Plätzen nicht mehr auftaucht, erscheint es uns als dringendes Gebot, das selbstständige Denken fernab aufgedrängter Ideologiegebilde wieder zu fördern. Die Lage der politischen Bildung in Deutschland ist für uns auch ein Gradmesser für die Innovationsfähigkeit unseres Landes.



### Neutrale Amtsführung?

Im Juli 2023 legten die AfD-Mitglieder des Kuratoriums der Bundeszentrale für politische Bildung eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen deren amtierenden Chef, Thomas Krüger (SPD), ein. Die Verächtlichmachung der AfD und ihrer Wähler ist nicht Teil des gesetzlichen Auftrags der Bundeszentrale.



Antwort der Bundesregierung auf unsere Kleine Anfrage »Gewährleistung politischer Ausgewogenheit in der Arbeit der Bundeszentrale für politische Bildung«

Drucksache 20/963

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/009/2000963.pdf>



Bildquelle: imago-images.de / Chris Emi Jantzen



Bildquelle: imago-images.de / Arnulf Hietrich



## 6. Frühe Kindererziehung im Sinne der Eltern

Bereits in den ersten Lebensjahren werden die Grundlagen für die Bildung gelegt. Somit ist der beste Ort für die Betreuung und Erziehung kleiner Kinder die Familie. Aus diesem Grund ist es besonders wichtig, dass sich Kinder im Rahmen der frühen Bildung sowohl zuhause als auch im Kindergarten angenommen und wertgeschätzt fühlen, damit sie selbstsicher, neugierig und wissbegierig den Herausforderungen des Lebens begegnen können.

Für ein Kind unter drei Jahren, das eine Kindertagesstätte besucht, stehen die Bindung zu seinem Erzieher und das Lernen im freien Spiel im Vordergrund. Eine Kitagruppe sollte daher möglichst klein sein. Dem Mangel an

Kitaplätzen muss durch mehr Personal in den vorhandenen Kindertagesstätten sowie durch Errichtung neuer Kindertagesstätten begegnet werden.

Die AfD-Fraktion tritt für Wahlfreiheit ein, damit Eltern eigenverantwortlich entscheiden können, ob sie ihr Kind selbst betreuen oder in eine Kindertagesstätte bzw. zur Kindertagespflege geben möchten.

# 7. Meinungsfreiheit an Schulen und Universitäten bewahren

Untersuchung zur Bedrohung der Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit an deutschen Hochschulen umgehend durchführen

**Drucksache 19/28797**

<https://dserver.bundestag.de/btd/19/287/1928797.pdf>



Potenzielle Auswirkungen politischer Einseitigkeit auf die Qualität und die Freiheit der Wissenschaft

**Drucksache 20/7448**

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/074/2007448.pdf>



Die Forderung nach politischer Neutralität in öffentlichen Schulen und der Schutz der Meinungsfreiheit an Universitäten sind grundlegende Prinzipien unserer demokratischen Gesellschaft. Diese Prinzipien sind entscheidend, wenn Bildungseinrichtungen Orte des offenen Dialogs und des freien Denkens bleiben sollen, an denen unterschiedliche Perspektiven respektiert werden.

Wir haben uns bereits in der vergangenen Legislaturperiode aktiv für die Aufrechterhaltung dieser Prinzipien eingesetzt. Unser Antrag zur Untersuchung der Bedrohung der Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit an deutschen Hochschulen ([Bundestagsdrucksache 19/28797](#)) ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Dieser Antrag zielt darauf ab, zu gewährleisten, dass die universitäre Lehre frei von politischer Einflussnahme bleibt und Wissenschaftler die Möglichkeit haben, ihre Forschung ohne Angst vor Repressalien oder Zensur zu betreiben.

Die Debatte über die Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit an deutschen Hochschulen ist von zentraler Bedeutung, da sie die Grundlage für die Entwicklung einer informierten und engagierten Bürgerschaft bildet ([Bundestagsdrucksache 20/7448](#)). Es ist unerlässlich, dass an Universitäten kontroverse Ideen diskutiert werden können, ohne dass es zu Einschränkungen oder Diskriminierung aufgrund politischer Überzeugungen kommt. In einer Zeit, in der politische und ideologische Spannungen zunehmen, müssen wir dafür sorgen, dass in öffentlichen Schulen und Universitäten die freie Meinungsäußerung und die Suche nach Wahrheit weiterhin gefördert wird. Die AfD-Bundestagsfraktion wird diese wichtigen Prinzipien auch in Zukunft verteidigen und sicherstellen, dass die politische Neutralität und die Meinungsfreiheit in der Lehre in Deutschland gewahrt bleiben.

**JETZT  
NACHLESEN UNTER**

[www.bundestag.de/drucksachen](http://www.bundestag.de/drucksachen)

## **8. Parlamentarische Initiativen des Arbeitskreises Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung**

**in der 20. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages  
(Stand: Oktober 2024)**

# ANTRÄGE

- Drucksache 20/1859** Zügig pragmatische Lösungen schaffen –  
Beschulung ukrainischer Flüchtlingskinder bestmöglich sicherstellen
- Drucksache 20/2368** BAföG zu einer bürokratiearmen und gerechten Sozialleistung für Schüler  
und Studenten aus einkommensschwachen Familien weiterentwickeln
- Drucksache 20/2599** Lehrermangel konsequent bekämpfen
- Drucksache 20/3593** Entschließungsantrag zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der  
Bundesregierung – Drucksachen 20/2298, 20/2728, 20/3369 Nr. 1.8, 20/3589 –  
Entwurf eines Achtundzwanzigsten Gesetzes zur Änderung des Bundesaus-  
bildungsförderungsgesetzes (28. BAföGÄndG)
- Drucksache 20/4062** Energieversorgung sichern und wirtschaftliches Potenzial nutzen –  
Forschung an der friedlichen Nutzung der Kernenergie wieder aufnehmen  
und umfassend fördern
- Drucksache 20/5366** Wertschätzung und Förderung des Unterrichtsfaches Sport
- Drucksache 20/5557** Ganztagschule – Verbindliche Kooperation zwischen Schulen  
und Sportvereinen
- Drucksache 20/5996** Schulen am Limit – Bildungsmisere abwenden
- Drucksache 20/6611** Akademische und berufliche Bildung gleichstellen –  
Unser Land braucht Meister
- Drucksache 20/6989** Einrichtung eines Forschungsinstituts für geopolitische Studien an der  
Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg
- Drucksache 20/6990** Die Exzellenzstrategie jetzt neu konzipieren
- Drucksache 20/6991** Die Abwanderung hochqualifizierter deutscher Wissenschaftler statistisch  
erfassen und gegensteuernd tätig werden
- Drucksache 20/6992** Gefahrbringende Anwendungsbereiche der Virenforschung verbieten
- Drucksache 20/7565** Umgehend eine Evaluation sogenannter Agendawissenschaften durch den  
Wissenschaftsrat beantragen
- Drucksache 20/7575** Kinder mit und ohne Deutschkenntnisse für den gemeinsamen Erfolg  
getrennt unterrichten
- Drucksache 20/7666** Rohdaten klinischer Prüfungen von Arzneimitteln offenlegen
- Drucksache 20/7668** Gesundheitliche Auswirkungen hochfrequenter elektromagnetischer  
Felder erforschen
- Drucksache 20/8357** Lehrer effektiv entlasten
- Drucksache 20/8358** Für eine zukunftsorientierte und nachhaltige Lehrerausbildung
- Drucksache 20/8862** Genderideologie – Gefahren von Bildung, Wissenschaft und Kultur  
abwenden
- Drucksache 20/10151** Chatbots im schulischen Unterricht – Chancen und Risiken erkennen und  
adäquat adressieren
- Drucksache 20/10394** Fachkräfteinitiative für die Fusionsforschung
- Drucksache 20/10614** Zurück zum Wettkampfcharakter bei den Bundesjugendspielen für die  
Grundschulklassen
- Drucksache 20/11376** Kernprobleme des BAföG angehen – Antragsverfahren vereinfachen, Zu-  
schuss vom Darlehen entkoppeln, Beiträge erhöhen und Dynamisierung  
gesetzlich verankern
- Drucksache 20/11395** Forschungsverbünde zur DDR-Geschichte stärken – Forschungsförderung  
des Bundes zur Geschichte des Kommunismus, der DDR und der SED wie-  
der aufstocken

- Drucksache 20/11960** Ansehen des Handwerks heben – Eine gemeinnützige Stiftung »Haus der kleinen Handwerker« ins Leben rufen
- Drucksache 20/12090** Einer Ideologisierung der Hochschulbildung konsequent entgegenzutreten – Exzellenzstrategie des Bundes und der Länder neu ausrichten
- Drucksache 20/12092** Einführung eines Friedrich-Tenbruck-Stipendiums für soziale Gerechtigkeit
- Drucksache 20/12096** Das Humboldtsche Bildungsideal zum Maßstab bei der Digitalisierung und dem Einsatz KI-basierter Technologien in der Hochschullehre machen
- Drucksache 20/13625** Batterie-Recycling – Bedarf erforschen und Methoden verbessern

## GESETZENTWÜRFE

- Drucksache 20/7669 und 20/10980** Entwurf eines Gesetzes zur Steigerung der Leistungsfähigkeit der kommunalen Bildungsinfrastruktur

## KLEINE ANFRAGEN

- Drucksache 20/385 und 20/481** Abwanderung hochqualifizierter Wissenschaftler aus Deutschland
- Drucksache 20/855 und 20/963** Gewährleistung politischer Ausgewogenheit in der Arbeit der Bundeszentrale für politische Bildung
- Drucksache 20/1254 und 20/1446** Sexueller Missbrauch von Kindern und Jugendlichen im Sport
- Drucksache 20/1911 und 20/2149** Unterstützung für ukrainische Studenten, Doktoranden und Wissenschaftler in Deutschland
- Drucksache 20/2811 und 20/3012** Verhältnis des Bundes zur Bundeskonferenz der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten an Hochschulen
- Drucksache 20/2923 und 20/3104** Förderung von Gender Studies unter dem Begriff »Gendergesundheit«
- Drucksache 20/3452 und 20/3838** Dual-Use- und Gain-of-Function-Forschung in deutschen Hochsicherheitslaboren
- Drucksache 20/3547 und 20/4130** Mögliche Förderung von Gendersprache an Universitäten aus Bundesmitteln
- Drucksache 20/3565 und 20/3841** Umsetzung und Finanzierung des geplanten 28. BAföG-Änderungsgesetzes
- Drucksache 20/4563 und 20/4821** Stand der Maßnahmen zur Digitalisierung der Hochschulen
- Drucksache 20/4571 und 20/5847** Förderung des Projekts »Ukraine verstehen« beim Zentrum Liberale Moderne durch die Bundesregierung
- Drucksache 20/5096 und 20/5398** Evaluation der Gender Studies durch den Wissenschaftsrat unter Berücksichtigung aller relevanten Einrichtungen in Deutschland
- Drucksache 20/5631 und 20/5865** Bedeutung von Science Diplomacy für die Arbeit des Auswärtigen Amtes
- Drucksache 20/5645 und 20/5855** Nachrichtendienstliche Aktivitäten chinesischer Studenten und Gastwissenschaftler an deutschen Hochschulen
- Drucksache 20/5727 und 20/5907** Das Professorinnenprogramm als Mittel zum Abbau angeführter struktureller und institutioneller Diskriminierung

<b>Drucksache</b> <b>20/6111 und 20/6383</b>	Förderung des Kompetenz- und Koordinierungszentrums Polnisch durch die Bundesregierung
<b>Drucksache</b> <b>20/6137 und 20/6347</b>	Rolle von Chatbots und Künstlicher Intelligenz in der Bildung
<b>Drucksache</b> <b>20/6257 und 20/6395</b>	Keimbahneingriffe am Menschen
<b>Drucksache</b> <b>20/7105 und 20/7301</b>	Mögliche Benachteiligung von Jungen im deutschen Bildungssystem
<b>Drucksache</b> <b>20/7151 und 20/7448</b>	Potenzielle Auswirkungen politischer Einseitigkeit auf die Qualität und die Freiheit der Wissenschaft
<b>Drucksache</b> <b>20/7168 und 20/7481</b>	Umsetzung und Fortschritt des DigitalPakts Schule
<b>Drucksache</b> <b>20/7334 und 20/7551</b>	Stand der Bundesförderung für Deutsch als Minderheitensprache in Polen und der Verhandlungen mit der polnischen Regierung
<b>Drucksache</b> <b>20/8519 und 20/8754</b>	Maßnahmen und Fördermitteleinsatz für Frauenquoten, Gleichstellung und Diversity an Hochschulen im Rahmen von Vereinbarungen zwischen Bund und Ländern
<b>Drucksache</b> <b>20/8643 und 20/8976</b>	Initiative »Vielfalt an deutschen Hochschulen«
<b>Drucksache</b> <b>20/8722 und 20/12032</b>	Zum aktuellen Stand der Deutschen Agentur für Transfer und Innovation
<b>Drucksache</b> <b>20/9451 und 20/9827</b>	Erwerb, Verwendung und Präsenz des Deutschen und des Französischen in der deutsch-französischen Freundschaft
<b>Drucksache</b> <b>20/9608 und 20/9919</b>	Kooperation des Berlin Institute of Health mit dem Land Berlin, der Firma Bayer und weiteren Investoren
<b>Drucksache</b> <b>20/10011 und 20/10165</b>	Zentrale Begriffsverwendungen des Datenportals Rassismus- und Rechtsextremismusforschung
<b>Drucksache</b> <b>20/10265 und 20/10397</b>	Mögliche Beeinträchtigung der Wissenschaftsfreiheit durch den Queer-Beauftragten der Bundesregierung
<b>Drucksache</b> <b>20/11224 und 20/11410</b>	Forschung über Ausmaß, Muster und Gründe von Gewalt an Schulen
<b>Drucksache</b> <b>20/11521 und 20/11718</b>	Verausgabung zusätzlicher Bundesmittel für die deutsche Minderheit in Polen im Jahr 2023
<b>Drucksache</b> <b>20/11527 und 20/11774</b>	Unvollständige Erfassung von Einschränkungen der Wissenschaftsfreiheit im Zusammenhang mit dem Academic Freedom Index
<b>Drucksache</b> <b>20/12795 und 20/13289</b>	Zur Evaluation der Hypothese vom Laborunfall als Auslöser der Corona-Pandemie
<b>Drucksache</b> <b>20/13570</b>	Zum aktuellen Stand des Geoengineering in Deutschland

## GROßE ANFRAGEN

<b>Drucksache</b> <b>20/2612 und 20/5230</b>	Unterricht und Unterweisung in der Critical Race Theory
<b>Drucksache</b> <b>20/6867 und 20/9003</b>	Die Erforschung struktureller Probleme des sogenannten Patriarchats und deren empirische Gehalte
<b>Drucksache</b> <b>20/9984 und 20/11885</b>	Alphabetisierung von Asylsuchern, Asylantragstellern, Schutzberechtigten oder Bleibeberechtigten und Integrationsarbeit

# Die Mitglieder des Arbeitskreises Bildung und Technikfolgenabschätzung der AfD



## **Nicole Höchst MdB**

Leiterin des Arbeitskreises Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Obfrau im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Bildungspolitische Sprecherin



## **Dr. Götz Frömming MdB**

Stellvertretender Leiter des Arbeitskreises Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Stellvertretender Obmann im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Schulpolitischer Sprecher



## **Prof. Dr. Michael Kaufmann MdB**

Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Forschungspolitischer Sprecher



## **Volker Münz MdB**

Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Hochschulpolitischer Sprecher

# Bildung, Forschung und D-Bundestagsfraktion



**Barbara Benkstein MdB**

Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Bildung,  
Forschung und Technikfolgenabschätzung



**Norbert Kleinwächter MdB**

Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Bildung,  
Forschung und Technikfolgenabschätzung



**Martin Reichardt MdB**

Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Bildung,  
Forschung und Technikfolgenabschätzung

Familienpolitischer Sprecher



**Matthias Moosdorf MdB**

Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Bildung,  
Forschung und Technikfolgenabschätzung



## FOLGEN SIE UNS

-  [AfDBundestag.de](https://afdbundestag.de)
-  [fb.com/AfDimBundestag](https://fb.com/AfDimBundestag)
-  [@AfDimBundestag](https://twitter.com/AfDimBundestag)
-  [youtube.com/  
AfDFraktionimBundestag](https://youtube.com/AfDFraktionimBundestag)
-  [instagram.com/  
afdimbundestag/](https://instagram.com/afdimbundestag/)
-  [tiktok.com/  
@afdfraktionimbundestag](https://tiktok.com/@afdfraktionimbundestag)
-  Rundbrief-Abonnement:  
<https://t1p.de/ycsg>



**Herausgeber:**

Fraktion der Alternative für Deutschland im Deutschen Bundestag vertreten durch den Fraktionsvorstand

**Kontakt:**

AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag  
Bürgerbüro  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: 030 227 57 141  
Telefax: 030 227 56 349  
E-Mail: [buenger@afdbundestag.de](mailto:buenger@afdbundestag.de)

**Herstellung und Redaktion:** Fraktionsverwaltung, Abteilung Öffentlichkeitsarbeit

**Bildnachweis:** AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

**Stand:** 2. Auflage, Dezember 2024

Diese Veröffentlichung der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information.  
Sie darf nicht zum Zweck der Parteierwerbung und/oder als Wahlwerbung im Wahlkampf verwendet werden.